

Sparpaket Bund: Sinn, Unsinn und Folgen für das Personal

HV PVB – Sektion Avanti

27.3.2025

Reto Wyss, Zentralsekretär Ökonomie SGB

Sparprogramm: Ablauf und Plan Bundesrat

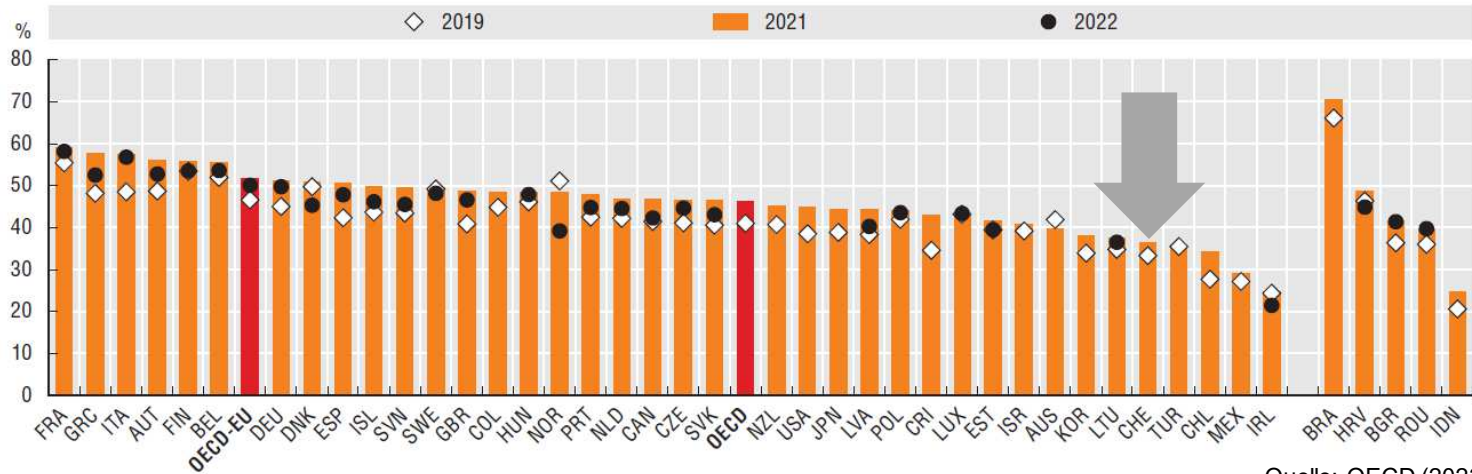
- 5.9.24: Spargruppe legt Kürzungsbericht vor.
- 20.9.24: Bundesrat beschliesst Eckwerte für Umsetzung.
- 29.1.25: Bundesrat eröffnet Vernehmlassung (Frist: 5.5.)
- ▶ *Insgesamt 59 Massnahmen, 23 Massnahmen bedingen keine Gesetzesanpassungen (sie sind nicht Teil der Vernehmlassung); der BR sieht vor, einen Mantelerlass vorzulegen, der Änderungen zahlreicher Gesetze umfasst.*
- ▶ *Das Paket ergibt, inklusive Massnahmen ohne Gesetzesänderung, ein Sparvolumen von 2.7 Mrd. im Jahr 2027 und von 3.6 Mrd. im Jahr 2028; davon entfallen knapp zwei Drittel auf Massnahmen mit Gesetzesänderungen.*

Grundsätzliche Feststellungen

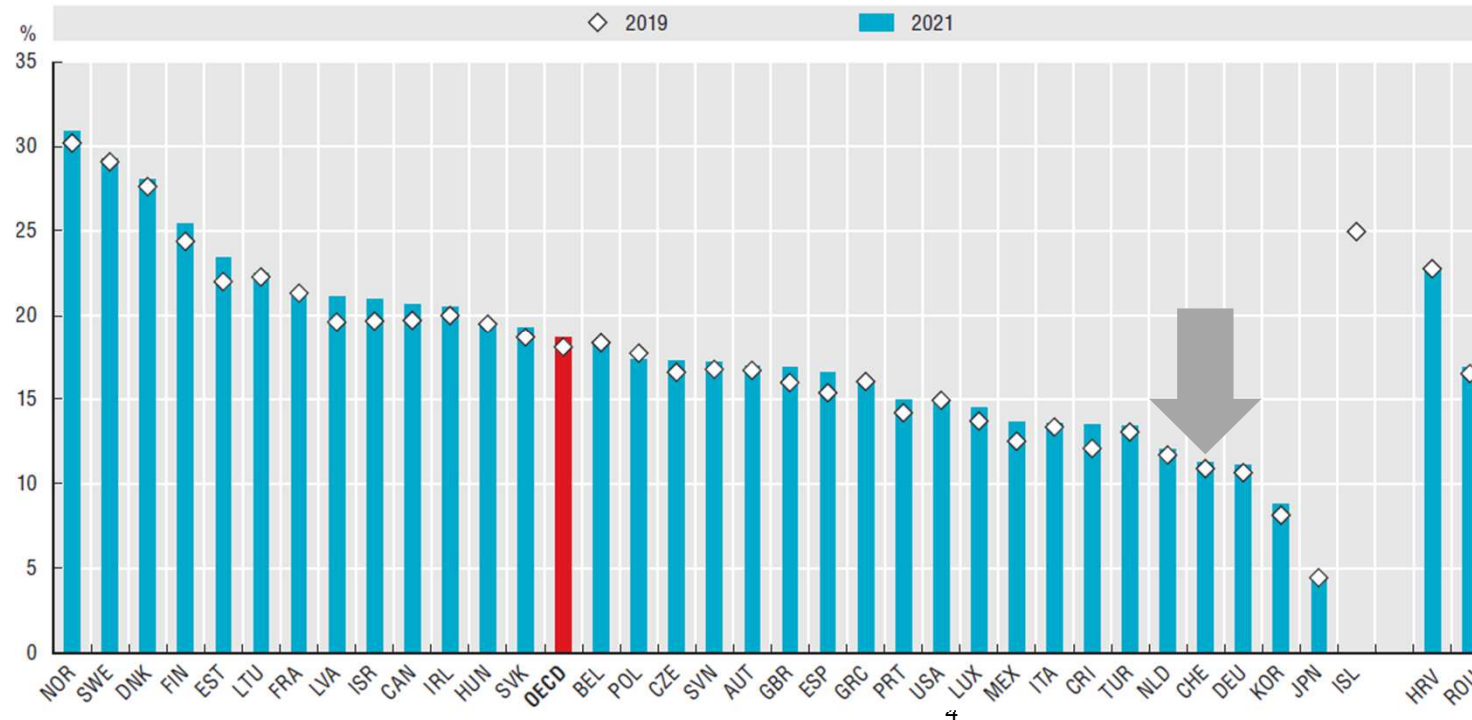
- Die Hauptprobleme der Schweizer Finanzpolitik sind nicht Schulden und Defizite, sondern Überschüsse und ein Vermögensaufbau des Staates auf Kosten der Privathaushalte und Sozialversicherungen.
- Eigenkapital der öffentlichen Hand, Stand heute, 123 Milliarden Franken (das sind 12'000 Fr. pro Kopf).
- Schulden im internationalen Vergleich (Nettoschulden in Prozent der Wirtschaftsleistung, "Maastricht-Kriterien"):
 - Schweiz 27%
 - Deutschland 70%
 - Frankreich 112%
 - Italien 140%

Staatsausgaben und -beschäftigung, int. Vergl.

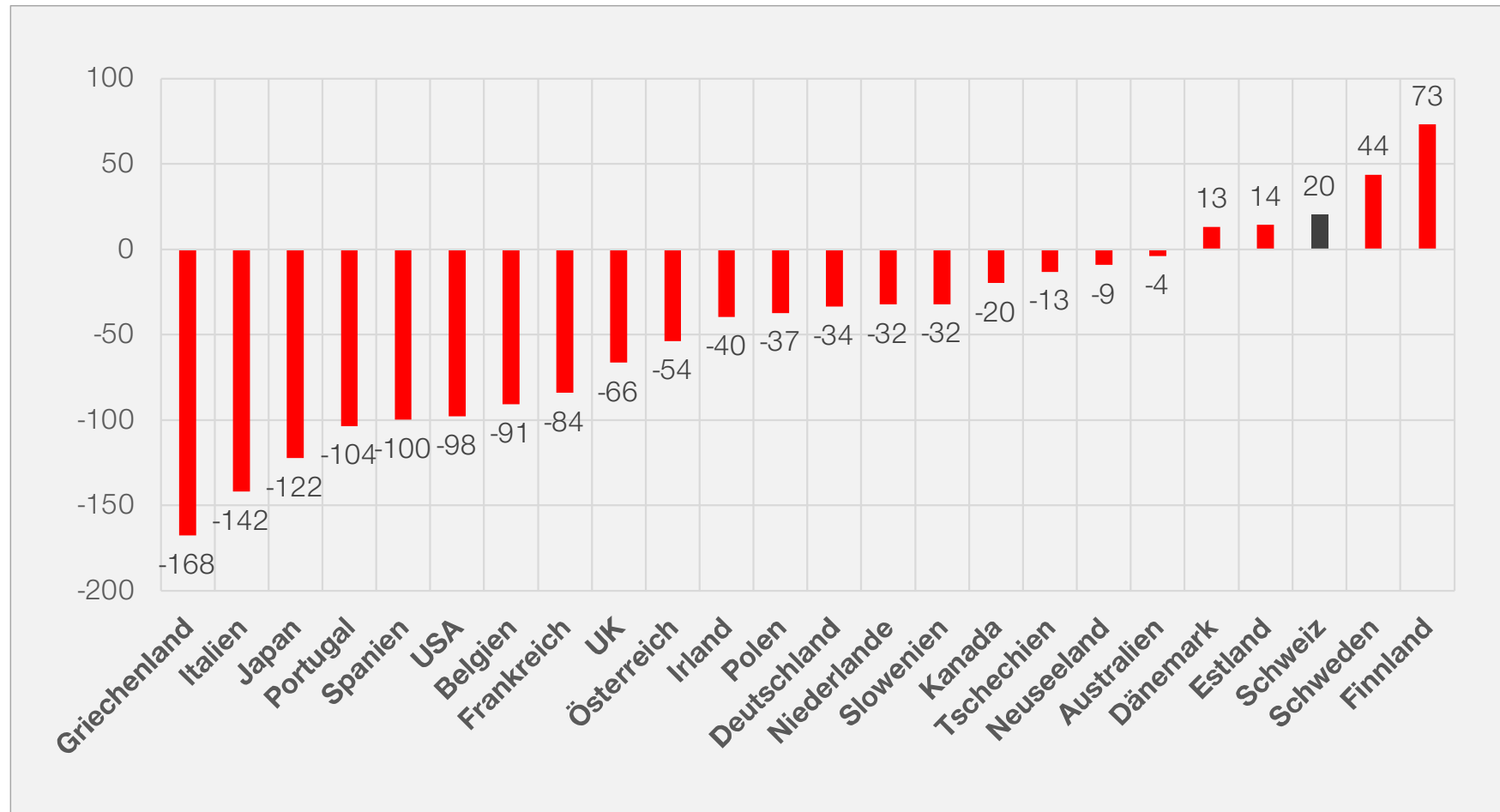
11.1. General government expenditures as a percentage of GDP, 2019, 2021 and 2022



12.1. Employment in general government as a percentage of total employment, 2019 and 2021



Nettovermögen (%/BIP) im internat. Vergleich



Quantitative Einordnung – zwei Beispiele

- ▶ *Durchschnittliche jährliche Budgetabweichung 2005-2021 beträgt 2.6 Mrd.; für das vergangene Jahr wieder 2.7 Mrd. Dieser Betrag entspricht exakt dem vom Bundesrat anfänglich beabsichtigten Sparvolumen von 2.7 Mrd. für das Jahr 2027. Das heisst, dass allein die langfristigen jährlichen Budgetabweichungen die geplanten Sparmassnahmen zumindest buchhalterisch völlig obsolet machen.*
- ▶ *Allein die im Zuge der "STAF"-Reform von Bund und Kantonen umgesetzten Gewinnsteuersenkungen (insgesamt circa 2 Mrd. Einbussen) sowie die unsinnige Abschaffung der Industriezölle im letzten Jahr (jährlich ca. 600 Mio. Einbussen) entsprechen abermals dem anvisierten "Entlastungsvolumen".*

Übersicht Massnahmen ohne Gesetzesänderung

Kapitel im Bericht	Massnahmen	Entlastung in Mio. CHF		Gesetzesänderung
		2027	2028	
Ohne Gesetzesänderung				
1.5.1	Einfrieren der IZA-Ausgaben bis 2030	107,0	167,0	-
1.5.2	Kürzung im Eigen- und Transferbereich des EDA	6,3	6,4	-
1.5.3	Verschiebung der Zuständigkeit für das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum in Genf	1,1	1,1	-
1.5.4	Verzicht auf Abgeltung an diplomatische Gruppe der Genfer Polizei	1,0	1,0	-
1.5.5	Verzicht auf polizeiliche Massnahmen des BAZG an Flughäfen	22,0	22,0	-
1.5.6	Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich	78,0	78,0	-
1.5.7	Stärkung der Nutzerfinanzierung im Bereich internationale Mobilität Bildung	6,5	6,9	-
1.5.8	Kürzung des Bundesbeitrags für den SNF	131,0	139,3	-
1.5.9	Kürzung der Ressortforschung	25,6	26,6	-
1.5.10	Massnahmen im Kulturbereich	6,1	9,8	-
1.5.11	Kürzung der Finanzhilfen für die Sportförderung	17,3	17,7	-
1.5.12	Kürzung der Subventionen für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung	1,4	1,5	-
1.5.13	Kürzung der Beiträge für Hauptstrassen	17,3	17,5	-
1.5.14	NAF: Kürzung der Einlagen	100,0	100,0	-
1.5.15	Erhöhung des Kostendeckungsgrads im regionalen Personenverkehr	58,3	59,4	-
1.5.16	Kürzung bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich	46,8	49,0	-
1.5.17	Kürzung der Qualitäts- und Absatzförderung	10,5	10,5	-
1.5.18	Kürzung der Finanzhilfen für Schweiz Tourismus	11,3	11,4	-
1.5.19	Kürzung der Mittel von Innotour	2,1	2,7	-
1.5.20	Kürzung des Beitrags an Prüfkosten Produktesicherheit	0,9	1,0	-
1.5.21	Kürzungen bei EnergieSchweiz	20,0	20,0	-
1.5.22	Kürzung der freiwilligen Beiträge an Europäische Weltraumorganisation (ESA) und an die übrigen internationalen Organisationen ausserhalb der IZA	25,7	24,8	-
1.5.23	Massnahmen im Eigenbereich	200,0	300,0	-

Übersicht Massnahmen mit Gesetzesänderung 1

Mit Gesetzesänderungen

2.1	Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte	2,0	2,0	Art. 17 EMBAG
2.2	Verzicht auf Beitrag an das Auslandangebot der SRG	19,0	19,2	Art. 28 RTVG
2.3	Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen	3,4	3,4	Art. 46, 47 ZDG
2.4	Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen	120,0	120,0	Art. 50 HFKG
2.5	Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen	27,9	29,6	Art. 2, 12, 47, 48, 59-61, 80a HFKG
2.6	Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse	32,0	33,1	Art. 18, 19, 20a FIFG, Art. 23 Innosuisse-Gesetz
2.7	Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz	19,2	19,6	Art. 12, 16, 17 WeBiG
2.8	Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse	23,8	20,5	Art. 57 BBG
2.9	Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern	1,4	1,4	BG über Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern
2.10	Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent	0,8	0,8	Art. 10 BG über Leistungen des Bundes im Straf- und Massnahmenvollzug
2.11	Kürzung der indirekten Presseförderung	25,0	25,0	Art. 16 PG
2.12	Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende	1,0	1,0	Art. 76 RTVG
2.13	Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen	0,6	0,6	Art. 57 RTVG
2.14	Verzicht auf Entsorgungsbeiträge	48,1	48,5	Art. 45aTSG
2.15	Entflechtung zwischen Bund und AHV	204,0	192,0	Art. 103 AHVG
2.16	Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	0,0	18,3	Art. 54, 66, 106 KVG
2.17	Verkürzung der Abgeltungspflicht für die Globalpauschalen auf 4 Jahre	243,5	697,7	Art. 87, 126e AIG, Art. 88, 121a AsylG
2.18	Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe	0,3	0,3	Art. 31 OHG

Übersicht Massnahmen mit Gesetzesänderung 2

2.19	BIF: Kürzung der Einlagen	200,0	200,0	Art. 19 SVAG
2.20	Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs	29,6	29,6	Art. 37a CO ₂ -Gesetz
2.21	Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe	56,3	56,3	Art. 18 MinöStG, Art. 41a CO ₂ -Gesetz
2.22	Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren	2,0	2,0	Art. 105a SVG
2.23	Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge	32,4	31,4	Art. 4 MinVG
2.24	Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen	25,0	25,0	Art. 37 MinVG
2.25	BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	6,2	7,0	Art. 49 USG, Art. 57, 64a GSchG, Art. 34a WaG
2.26	Verzicht auf weitere Fondseinlagen Landschaft Schweiz	4,9	4,9	BG über Finanzhilfen zur Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften
2.27	Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt	5,5	5,6	Art. 1, 14a NHG, Art. 41 CO ₂ -Gesetz, Art. 7 WBG, Art. 49 USG, Art. 64 GSchG, Art. 26 GTG, Art. 29, 38a, 39 WaG, Art. 14 JSG, Art. 13 BFG
2.28	Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft	5,4	4,9	Art. 50, 51, 51 ^{bis} , 52 LwG
2.29	Erhöhung Versteigerung Zollkontingente	127,0	127,0	Art. 22, 23, 48 LwG
2.30	Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	0,0	65,0	Art. 76 LwG
2.31	Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik	372,1	389,1	Art. 33a, 34, 34a, 35, 36 CO ₂ -Gesetz, Art. 50a, 51 EnG
2.32	BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	23,2	23,5	Art. 49, 53 EnG
2.33	Verzicht auf weitere Fondseinlagen im Bereich neue Regionalpolitik	12,9	26,4	Art. 21 BG über Regionalpolitik
2.34	Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs	140,0	140,0	Art. 9 FiLaG
2.35	Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule		160,0	Art. 38 DBG
2.36	Änderung Subventionsgesetz	-	-	Art. 7 SuG

Wichtigste Kürzungen nach Aufgabengebieten

- Soziale Wohlfahrt: AHV, IPV, Asylausgaben
- Verkehr: BIF, NAF, RPV, Nachtzüge/Elektrobusse
- Bildung: Studiengebühren, SNF, Innosuisse
- Klima: Gebäudeprogramm, CO2-Abgabe
- Internationale Zusammenarbeit

Massnahmen "im Eigenbereich"

- Die Eigenausgaben des Bundes (15% des Bundesbudgets) sollen bis 2028 um 300 Millionen Franken reduziert werden, davon 180 Millionen bei den Personalausgaben. Für die betroffenen Bereiche resultiert damit eine Kürzung von bis zu 2,7 Prozent. Zuvor wurden die Eigenausgaben bereits in den Voranschlägen 2024 (2%) und 2025 (1.4%) gekürzt.
- Rund 100 Millionen der Einsparungen sollen durch Anpassungen bei den Lohnmassnahmen und Anstellungsbedingungen des Bundespersonals erbracht werden. Die restlichen 200 Millionen sollen durch Aufgabenverzicht und Effizienzsteigerungen eingespart werden.
- Erläuterungen im Sparbericht: *"Insgesamt ergeben sich damit 2027-2030 Einsparungen von bis zu 300 Millionen, davon rund zwei Drittel im Personalbereich. Unter der Annahme von durchschnittlichen Kosten von 150'000 Franken pro Stelle entspricht die Kürzung im Personal einer Reduktion von rund 1'300 Stellen (3% aller Stellen)."*

Grundsätzliche Einordnung

- Einnahmenseite fast komplett ausgeklammert
- Schuldenbremse unangetastet (auf Budget angewandt, nominal statt prozentual, Ausgleichskonto asymmetrisch bewirtschaftet)
- Armee und Landwirtschaft komplett ausgeklammert
- Kürzungen weit über den Haushalt hinaus: BIF, NAF, NFA etc.
- Volks- und Parlamentsentscheide ignoriert (z.B. Klimagesetz und Presseförderung)
- Viele Ausgaben nicht gestrichen, sondern verlagert (z.B. Unis)
- Substanzielle weitere Kürzungen: IZA, Kultur, Umwelt, Kitas...
- Abwälzung auf Kantone (trotz "Entflechtung 27", KdK kritisch)

Zeitplan / Parlamentarischer Prozess

- Verabschiedung der Botschaft im September 2025.
- *"Das Parlament könnte somit in der Wintersession 2025 mit der Beratung des Entlastungspakets 27 beginnen."*
- Schnellstmögliches Szenario:
WS 25 Erstrat, FS 26 Zweirat, Abstimmung Sept. 2026